

23.05.2024 - 16:38 Uhr

Er ist eine der Schlüsselfiguren in der „Gehalts-Affäre“: Staatskanzlei-Chef Jörg Mielke (64, SPD). Er spielte eine wichtige Rolle, damit die Büroleiterin von Ministerpräsident Stephan Weil (65, SPD) mehr Geld bekommt konnte.

Am Donnerstag sagte Mielke im Untersuchungsausschuss im Landtag aus. Die CDU hält die Gehaltserhöhung der Mitarbeiterin für eine „Turbo-Beförderung mit der Brechzange“, hält die Zahlungen von Anfang an für rechtswidrig und fordert Mielkes Rauswurf. Die Landesregierung hatte nach juristischen Bedenken aus Staatskanzlei und Finanzministerium die Regeln zur Vergütung verändert. Das Gehalt der Büroleiterin wurde daraufhin rückwirkend von rund 6300 auf 8200 Euro erhöht.

MP Weil soll Mielke im November 2022 informiert haben, die Frau einstellen zu wollen. Kurz vor Weihnachten rief der aufgebrachte Regierungschef erneut zu diesem Thema bei seinem Staatskanzlei-Chef an. Grund: Nach der alten Regelung konnte die Quereinsteigerin nicht wie bisherige Büroleiter (Besoldungsgruppe B2, 8200 Euro) bezahlt werden.

„Ich sage mal: Er wollte mich an seiner Empörung teilhaben lassen“, sagte Mielke im Ausschuss aus.

In der Folge gab es dann die Bemühungen, eine Lösung zu finden - auch für andere qualifizierte Mitarbeiter in oberen Landesbehörden. Auch eine Verbeamtung der Mitarbeiterin sei geprüft worden. Im November erfolgte die Gehaltserhöhung.

Mielkes erwartbares Fazit: „Alle rechtlichen Bedenken waren vollständig ausgeräumt.“

Und weiter: „Für mich war klar, dass ich auch ohne Einwilligung des Finanzministeriums eigenständig handeln konnte.“ Fehler seien keine gemacht worden.

Kopfschütteln bei der Opposition

Die CDU-Vertreter verfolgten die Aussage mit Kopfschütteln und ungläubigem Gelächter. „In der heutigen Sitzung des Untersuchungsausschusses hat sich schon nach der ersten Fragerunde gezeigt, dass den Chef der Staatskanzlei die Auffassung des zuständigen Finanzministeriums zur Zustimmung zur höheren Vergütung nicht interessiert“, meint CDU-Obfrau Carina Hermann (39).

„Der Chef der Staatskanzlei hat eine einsame Entscheidung gegen jeden Rat der Fachleute in seiner eigenen Staatskanzlei getroffen, die vor einer rückwirkenden Anwendung der Neuregelung gewarnt haben“, ergänzt sie. „Er ist nicht länger tragbar.“ **Volker Bajus (60, Grüne) kontert: „Die CDU hat erneut keinen Beleg dafür geliefert, dass die Landesregierung in dieser Sache gegen rechtliche Vorgaben verstoßen hat.**

.....
Anmerkung: ja ist es denn so schwer alles zu prüfen – Wochenlang, Monate.

Es gibt Gesetze, Vorschriften, Ordnungen die man nachlesen kann ob es rechtens war. (Tarifverträge usw.)

Oder hat man Vorschriften etc. so schwer formuliert das keiner weiß was rechtens ist ??

Man benötigt wohl Monate um Klarheit zu bekommen, in unserem Rechtsstaat. Völlig unverständlich als Bürger dieses Landes, wem kann man noch Vertrauen in die Politiker senden?

Es ist doch ganz einfach Prüfen und um endlich ein Ergebnis zu haben. Vorschriften abarbeiten, fertig ist das Problem.

Der Chef der Staatskanzlei hat eine *einsame Entscheidung* gegen jeden Rat der Fachleute in seiner eigenen Staatskanzlei getroffen, die vor einer rückwirkenden Anwendung der Neuregelung gewarnt haben“;

Warum darf ein Chef alleine entscheiden

????????????????